



Migration und Entwicklung

Hilfe vor Ort, Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit

Es gibt viele Gründe, warum Menschen ihre Heimat verlassen. Diese zu unterscheiden, ist für einen seriösen Diskurs essentiell. Flucht, freiwillige und erzwungene Migration, sowie reguläre und irreguläre Migration sind unterschiedliche Phänomene, die getrennt betrachtet und im jeweiligen Kontext verstanden werden müssen. In der medialen Öffentlichkeit wird derzeit leider so einiges vermengt.

Flucht vor dem Bürgerkrieg in Syrien ist nicht gleich Flucht vor dem Schreckensregime der Taliban. Erzwungene Migration wegen dem Bau eines Staudammes in China ist nicht gleich erzwungene Migration wegen Perspektivlosigkeit. Und freiwillige Migration in die USA für einen besseren Job ist nicht gleich Migration als ErntehelferIn aus Rumänien.

EZA ist kein Allheilmittel

Daher gibt es auch nicht einen Ansatz mit dem all diesen Phänomenen begegnet werden kann. Und auch für komplexe Situationen, wie sie derzeit in Afghanistan, Syrien oder dem Irak herrschen, gibt es keine einfache, geschweige denn einheitliche Lösung. An erster Stelle stehen eine politische Einigung und das Schaffen eines anhaltenden Friedens. Entwicklungszusammenarbeit (EZA) alleine kann keinen Frieden schaffen. EZA kann in post-konflikt oder

fragilen Situationen, sowie in Zeiten des Friedens mittel- und langfristige Maßnahmen setzen, um Armut zu mindern und Perspektiven zu schaffen. Strategisches Vorgehen ist dabei essentiell. Die richtigen Partner vor Ort sind für das Gelingen von EZA eine Grundvoraussetzung. Dafür braucht es ein einigermaßen stabiles Umfeld.

Flucht weltweit

Im Jahr 2015 waren laut UNHCR 65,3 Millionen Menschen auf der Flucht oder wurden von deren Zuhause vertrieben. Europa nimmt nur sechs Prozent all dieser Menschen auf. Den Großteil beherbergen Länder des globalen Südens. Nach der Türkei folgen Pakistan, Libanon, der Iran und Äthiopien, wo die meisten Flüchtlinge untergebracht sind.



Im Parlament bin ich für EZA im Einsatz

Dabei handelt es sich um Länder, die über weniger Ressourcen und schlechtere Infrastrukturen verfügen, als die europäischen. Bei dieser Herausforderung darf Europa diese Länder nicht alleine lassen, sondern muss humanitäre Hilfe leisten, die schnell und effektiv sicherstellt, dass die Geflohenen alles Lebensnotwendige haben und in Sicherheit sind.

Spezielle Situation von Frauen und Mädchen

Sehr erfreulich ist, dass es nach viel politischem Druck und intensiven Gesprächen mit dem Außenministerium gelungen ist, dass Österreich nun eine Million Euro speziell für die Betreuung von Frauen und Mädchen, die aus Syrien flüchten mussten, bereitstellt. Damit können Frauen vor sexueller Gewalt geschützt werden, sie bekommen spezielle medizinische Versorgung wenn sie schwanger sind, Zugang zu gynäkologischen Untersuchungen und Verhütungsmitteln, wenn erforderlich eine sichere Abtreibung und psychologische Betreuung nach Vergewaltigungen.

Anregungen und Kommentare zur FiP bitte direkt an mich unter:
petra.bayr@spw.at

Von Parlament zu Parlament

Neue Partnerschaft mit dem Parlament in Sambia

Nachdem das sambische Parlament nach den Wahlen nun mit vielen neuen und einigen wiedergewählten Abgeordneten frisch besetzt ist, ist es ein guter Zeitpunkt eine Partnerschaft zu starten. Sambia ist eine stabile Demokratie. Seit der Unabhängigkeit am 24. Oktober 1964 haben fünf freie und faire Wahlen stattgefunden. Dabei kam es immer wieder auch zu Wechseln an der Regierungsspitze. Das ist auch einer der Hauptgründe, warum wir eine Partnerschaft mit Sambia aufbauen: Eine lebendige Demokratie ist Voraussetzung für eine sinnvolle parlamentarische Partnerschaft. Dass Englisch die Amtssprache ist, erleichtert Praktisches enorm.

Mitte Oktober war ich gemeinsam mit Tanja Windbüchler-Souschill, der entwicklungspolitischen Sprecherin der Grünen, und der zuständigen Projektkoordinatorin in Sambia, um gemeinsam mit den KollegInnen im sambischen Parlament die Projektpartnerschaft zu konkretisieren.

Wir haben uns in einem konstruktiven und äußerst fruchtbaren Prozess mit unseren sambischen PartnerInnen auf drei Schwerpunkte:

Jugend mit besonderer Berücksichtigung von Sexualerziehung, Berufsausbildung sowie Demokratie- und Menschenrechtserziehung.

Sexualitätserziehung

In Sambia gibt es besorgniserregend viele Teenager Schwangerschaften, das Reden über Sex, Verhütung und sexuell übertragbaren Infektionen ist ein großes Tabu. In der Schule ist Sexualerziehung momentan undenkbar. Auch in Österreich sind wir keine WeltmeisterInnen, was eine faktenbasierte und moderne Aufklärung in der Schule betrifft. Daher ist das Thema der Sexualitätserziehung eines, wo wirklich beide Länder in einem gemeinsamen Prozess etwas lernen und sich weiter entwickeln können.

Berufsausbildung

Das duale Bildungssystem in Österreich ist ein wahrer Exportschlager. Über die EZA wurde es schon in viele Länder der Welt getragen. Sambia hat eine Jugendarbeitslosigkeit von 25 Prozent, die vor allem auf mangelnde Ausbildung und Fachkenntnisse zurückzuführen ist. Wir hoffen, dass wir durch

das Projekt gute Anstöße geben können, um vielen Jugendlichen eine Zukunft zu sichern.

Politische Bildung

Mit österreichischer Unterstützung soll Sambia ein neues Programm ausarbeiten, durch das SchülerInnen ein besseres Verständnis von Demokratie und der Funktionsweise des sambischen Parlaments bekommen. Durch jahrelange Erfahrungen mit der Demokratierwerkstatt kann das österreichische Parlament gut funktionierende Beispiele mit Sambia teilen.



Steckbrief Sambia

Quelle: CIA Fact Book
 Fläche: 752.614 km²
 Bevölkerung: 14,6 Millionen
 Hauptstadt: Lusaka mit 1,7 Millionen Menschen in Armut:
 Regierung: Präsidentschaftliche Demokratie
 Sprachen: Englisch (offiziell), Bembe 33.4%, Nyanja, 14.7%, Tonga 11.4%
 Religionen: Protestantisch 75.3%, Römisch-Kath. 20.2%, andere 2.7%
 Lebenserwartung: 52 Jahre



Im sambischen Parlament

Multis wollen keinen Frieden in Kolumbien

Eindrücke von einer Fact Finding Reise

In einem zweiten Anlauf für einen Frieden in Kolumbien haben die Regierung und die FARC-Guerilla Mitte November ein überarbeitetes Abkommen geschlossen. Dass der ursprüngliche Vertrag in einem Referendum Anfang Oktober überraschend abgelehnt worden war, lag auch im Interesse internationaler Konzerne. Diesen Eindruck und noch viele mehr habe ich auf meiner Fact Finding Mission Ende Oktober in den Regionen Cali und Cauca gewonnen.

Der Konflikt in Kolumbien ist vielschichtig. Ein Aspekt neben den Interessen der internationalen Konzerne ist dieser: Die bewaffneten Aktivitäten stehen unter anderem in Zusammenhang mit illegalen Goldschürftätigkeiten. Diese wiederum tragen zur massiven Umweltverschmutzung bei, da beim Schürfen Quecksilber zum Einsatz kommt. Dies wiederum führt zur Vertreibung von BäuerInnen, Indigenen und AfrokolumbianerInnen von ihrem Land, weil die Lebensgrundlage - eine gesunde Umwelt - am Altar der Profitmaximierung geopfert wurde.

Viel Land in wenigen Händen

Auf meiner Reise hatte ich die Möglichkeit mit politischen BeobachterInnen und NGOs sowie ExpertInnen über den vorerst gescheiterten Friedensprozess zu sprechen. Dabei stellte sich heraus, dass aufgrund diverser Freihandelsverträge immer mehr internationale Konzerne, viele davon im Agrarbereich, in Kolumbien aktiv sind. Nachdem der Friedensvertrag, auch in der jetzt neu verhandelten Fassung, unter anderem

die Restitution von Land für vertriebene Menschen vorsieht, haben viele dieser Konzerne kein Interesse an einem Zustandekommen an einem stabilen Frieden und haben offensichtlich viel Geld in die Nein-Kampagne vor der Volksbefragung investiert. Die enorme Landkonzentration ist eines der zentralen Probleme in Kolumbien.

Nein-Votum: Sieg der Rechten

Außerdem ist es den GegnerInnen des Friedensabkommens gelungen, eine Stimmung herzustellen, die das Gefühl geschaffen hat, wenn man für den Friedensvertrag stimmt, dann stimmt man unter anderem für die FARC und ihre terroristischen Aktivitäten sowie für den verhassten Präsidenten Juan Manuel Santos und für eine von ihm geplante Steuerreform. Von NGOs und WissenschaftlerInnen wurde das

Nein-Votum generell als Sieg der Rechten beziehungsweise der städtischen Eliten über den Frieden begriffen und als Zeichen für eine tief fragmentierte Gesellschaft.

Ideologischer Vorbehalt der Kirche

Ein großer Erfolg der Frauenbewegung war, dass im Friedensvertrag ein Absatz die spezielle Rolle weiblicher Opfer und deren Anspruch auf Wiedergutmachung unterstreicht. In diesem Absatz gab es offensichtlich auch einen Passus zu den Rechten von Lesben, Homosexuellen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen (LGBTI). Auf diesen hat sich die katholische Kirche bezogen und aufgrund "ideologischer" Vorbehalte ebenfalls gegen den Friedensvertrag mobil gemacht.



Besuch in einem Dorf im Cauca-Tal

Europäische HIV- und Hepatitis-Testwoche

1. Dezember im Zeichen des Red Ribbons

Sich testen lassen, heißt, sich sicher sein - sich sicher sein, heißt, sich und andere schützen können. Die Europäischen HIV- und Hepatitis-Testwoche von 18. bis 25. November gaben die Möglichkeit, sich niederschwellig testen zu lassen. Während der Testwochen gab es ein erweitertes Testangebot etwa von den Aidshilfen sowie der Volkshilfe. Zudem sollten öffentlich wirksame Aktionen Bewusstsein schaffen. Denn viele Menschen haben Angst, Klarheit zu schaffen. Die Testwochen sollen die Angst nehmen,

motivieren, sich testen zu lassen und Wissen über Testangebote an die Öffentlichkeit bringen. Je früher, desto besser ist die Devise.

HIV/AIDS weltweit

Laut UNAIDS lebten im Jahr 2015 etwa 36,7 Millionen Menschen mit HIV. Die Anzahl an Personen, die in Therapie ist, ist erfreulicherweise im Vergleich zu vor zwei Jahren um zwei Millionen angestiegen.

Red Ribbon am Parlament

Der 1. Dezember ist ein internationaler Tag gegen jede Form der Diskriminierung von Menschen mit HIV/Aids. Deswegen trug das Parlament auch heuer wieder das Red Ribbon.

Menschen, die mit HIV/Aids leben, sind im Alltag nach wie vor ausgegrenzt,



leiden unter Vorurteilen oder Schweigen aus Scham. Schutz bietet unter anderem eine entsprechende menschenrechtsbasierte Gesetzesgrundlage. Es ist essenziell, dass weltweit Gesetze, die Menschen betreffen die mit Aids oder HIV leben, vor allem auf die Menschenrechte der betroffenen Gruppen fokussieren und die Diskriminierung und Stigmatisierung beenden. Fakten- und menschenrechtsbasierte Gesetzgebung ist immer vor Populismus zu stellen.

18-25
EUROPEAN
HIV
TESTING
WEEK
2016
TEST.TREAT.PREVENT.
www.testingweek.eu

Punsch für den guten Zweck

Weltweit sind etwa 200 Millionen Frauen und Mädchen in 30 Ländern von FGM betroffen

Zum Jahresende lud ich auch heuer wieder zum gemeinsamen Punschtrinken zu Gunsten der Österreichischen Plattform gegen weibliche Genitalverstümmelung - stopFGM.net ein. Mit den Einnahmen können wir etwa die jährlich stattfindende Pressekonferenz anlässlich des Null Toleranz von FGM Tages am 6. Februar finanzieren.

Dieses Jahr werden wir die Pressekonferenz am 2. Februar um 10:00 im Cafe Griensteidl machen. Komm vorbei und informiere dich!

stop
FGM
.net



Beim Punsch gegen FGM

Die Mitglieder der Plattform setzten sich auf unterschiedliche Arten gegen diese Menschenrechtsverletzung ein: manche betreiben Bewusstseinsbildung in Österreich, die MigrantInnen aus den Ländern als Zielgruppe haben, wo FGM praktiziert wird, andere unterstützen Projekte direkt in den Ländern und wieder andere setzten sich auf politischer Ebene für eine bessere Prävention und Betreuung der Opfer und die Bestrafung der TäterInnen ein.